

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterchaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Abonnement pro Quartal 75 Mk. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.

Ersteinst jeden Dienstag Redaktionsschluss Sonnabend morgen

Insertionspreis pro ledigespaltene Nonpareillezeile 50 Mk., für Zeilen 6 Mk.

Das Unternehmertum im neuen Deutschland.

In der Zeit, wo die großen und kleinen Unternehmer lauter denn je nach Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnabbau streben und die Aufhebung aller sozialen Arbeiterschutzbestimmungen gegen die kapitalistische Ausbeutung für sich im Interesse des „wirtschaftlichen Wiederaufbaues“ gefordert wird, ist nachstehende Charakterisierung, die wir der „Vollwirtschaftlichen Rundschau“ der „Deutschen Werkmeisterzeitung“ entnehmen, sehr angebracht:

„Als stärkstes Argument dient sämtlichen Gegnern des achtstündigen Arbeitstages eine gemeinsame Forderung: die Gütererzeugung müsse vergrößert werden, das sei nur möglich durch eine größere Arbeitsleistung, und diese ergäbe sich aus der Verlängerung der Arbeitszeit. Dazu sei nur nebenher gesagt, daß die notwendige Ertragssteigerung unserer Wirtschaft durchaus nicht so innig mit dem Zwang, den Achtstundentag zu verlängern, zusammenhängt, als es oft dargestellt wird. Nicht nur Herr Thyssen, sondern jeder, der mit offenen Augen im Produktionsprozeß sich umschaut, und im besonderen der Werkmeister, weiß, daß die notwendige Ertragssteigerung zu einem erheblichen Teile eine organisatorische und betriebswirtschaftliche Angelegenheit ist, zum andern ist sie auch eine privatwirtschaftliche, eine Kapital- und Kreditfrage. Es ist demagogisch, die Vergrößerung unserer Produktion immer nur vom Arbeiter abhängig zu machen, so bedeutungslos ist heute der Unternehmer im Produktionsprozeß noch nicht, daß er keine Rolle spiele und nicht zur Intensivierung unserer Arbeitsleistung beizutragen vermöchte.“

Wenn der heutige Unternehmer in seiner vollwirtschaftlichen Funktion untersucht wird, wenn er mit seinem Kollegen von vor 1914 verglichen wird, dann ergeben sich sehr beachtliche Resultate.

Vor allem der Unternehmer von vor dem Kriege war mit seinem Betriebe vernünftig, sein ganzes Vermögen steckte in ihm, er war seßhaft und er mußte im freien Konkurrenzkampf durch einige Tüchtigkeit hervortreten, wenn er nicht an die Wand gequetscht werden wollte. Heute ist der Unternehmer, im besonderen der neue Unternehmer, im Durchschnitt etwas ganz anderes. Das Waren-erzeugen ist diesem meist nicht die Hauptsache, an der Weiterbildung seines Betriebes hat er geringes Interesse, Ausgaben für technische und organisatorische Durchbildung sind ihm verhasst, er will nur verdienen. Rohmaterial und fertige Ware, es ist alles Spekulationsobjekt, auf dem meist noch die wagehalsigsten Devisenengagements aufgebaut werden. Es gibt heute schon eine Kategorie von Unternehmern, denen ihr Betrieb nichts weiter ist, als eine Legitimation der Offentlichkeit, den Banken und der Behörde gegenüber, um damit den Eingang zum Börsengeschäft zu finden. Diesen Unternehmern von heute ist sogar ihr gesamtes Unternehmen nichts anderes als ein beliebiger Effekten- oder Devisenbesitz, den man heute verkauft und morgen verschleubert oder verhöflet, wenn der Dollarkurs sich etwas verändert hat.

Über dieser eben geschilderten neuen „Unternehmer“-schicht, die keinerlei Produktionsinteresse, sondern nur Spekulationstrieb besitzt, hat sich eine etwas andere gearteete, aber ebenso gefährliche Schicht entwickelt. Das sind die Unternehmer, die ihren Besitz mobilisiert haben, die mit Hilfe des zu allem brauchbaren Aktienrechtes die breitesten Mengen derer, die irgendwie Geld besaßen, an sich heranzogen. Das geschah nicht, um einem bestimmten Betrieben, einer bestimmten Branche, einer bestimmten Industrie neue Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, darum kümmerte man sich nicht, es galt, hinter der Kulisse jener Gesellschaften die raffiniertesten Spekulations- und Spielmöglichkeiten aufzubauen. Die hinter vielen deutschen Aktiengesellschaften noch nach dem

Kriege vorhandenen Sachwerte wurden in Form von hohen Dividenden, Bezugsrechten, Gratisaktien, Abgabe von ganzen Aktienpaketen an interessierte Banken usw. sinnlos verschleubert.

Jener äußeren Verderbnis ging eine innerliche Liederlichkeit parallel, die kaum glaublich erscheint. Oft genug war für ein neues Direktionsauto mehr Geld vorhanden als für Werkzeuge oder praktikablere Registraturschranke. Mancher Werkmeister weiß davon ein Lied zu singen. Die Herren jener Unternehmungen verstanden es, durch Vorschüsse und Kredite sich selbst zu Schuldnern ihres eigenen Geschäftes zu machen. Diese mühelos erzielten Verdienste verwandelten sich in „Sachwerte“, in Luxusgüter vom echten Teppich bis zum geschliffenen Glas, vom teuersten Pelz für die Gattin bis zur Wäscheausstattung, die bis zu deren seligem Ende reicht. Immer mehr wurde es üblich, neben dem offiziellen Geschäft des Unternehmers noch ein privates Geschäft aufzuziehen, bei dem nichts weiter herauskam, als daß der Unternehmer auf dem Rücken seines oder des von ihm geleiteten Unternehmens verdiente.

Dieser neue „Unternehmer“ ist bei jener Entwicklung von seinen Organisationen nicht etwa bekämpft, sondern oft genug sogar unterstützt worden. Früher galt die Qualität der Ware, galt der Name der Firma, heute gilt der Syndikatspreis, bestimmen die Verkaufsbedingungen; sie schützen jeden Druck und jede Minderwertigkeit. Der ordentliche Kaufmann von ehedem hätte sich geschämt, Lieferbedingungen anzubieten, wie sie heute auch dem sogenannten soliden Kaufmann ganz selbstverständlich erscheinen. Wir denken dabei nicht an das Verschwinden fester Lieferfristen — das ist selbstverständlich —, hier sei nicht einmal etwas gesagt gegen die freibleibenden Preise; aber wenn heute der Unternehmer dem Käufer vorschreibt, daß dieser die Ware abnehmen muß, ganz gleich, in welcher Qualität sie kommt, und wenn er heute für die Güte seiner Ware nicht mal mehr Garantie übernimmt, so ist das eine Sünde an unserer Gesamtwirtschaft.

Wenn wir nun zum Typ des großen Unternehmers gehen, dann finden wir, daß auch er oft nicht so vollwirtschaftlich und vaterlandsliebend denkt, wie er es selbstverständlich von seinen Arbeitnehmern verlangt. Auch ganz großen Herren ist häufig genug der Export nichts anderes als eine Ausfuhr von Sachwerten, die der Steuererheber nicht erhalten soll. Der Inlandsmarkt ist dann im wesentlichen gleichgültig; das Devisengeschäft reizt, sonst nichts. Und woher ist denn das Streben nach dem vollen Wiederbeschaffungspreis, der Kampf um die rückichtsloseten Verkaufsbedingungen, das Interesse am Dollarkurs sogar für Schnürsenkel und Schmierseifen gekommen? Große und kleine „Unternehmer“ haben sich dabei gegenseitig in die Hände gearbeitet; die Wagehalsigkeit der Großen wurde ebenso in den Wiederbeschaffungspreis eingerechnet, wie das Faulenzger- und Amüsierleben, das der Kleinere gar zu gern führt.

Die Banken haben sich der allgemeinen Unternehmerverderbnis nicht entgegengestellt, wenigstens jahrelang nicht. Im Gegenteil, diese Entwicklung ist vom Finanzkapital unterstützt worden.

So ist es möglich geworden, daß allergrößte Unternehmer heute je nach Laune und Stimmung mit Papierfabriken, Automobilunternehmungen oder Großbanken jonglieren, daß der kleinste Kaufmann von Wiederbeschaffungspreis und Dollarkurs redet und daß bei einem bestimm-

ten Unternehmertum ein sinnloser, widerlicher Augus, eine ewige Zirkelbewegungsatmosphäre herrscht.

Wir erkennen gern an, daß Herr Thyssen den Willen hat, der deutschen Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Wir nehmen nicht an, daß er das denkt, was andere Unternehmer ungeniert meinen, daß nämlich eine Verlängerung des Achtstundentages noch einmal ein glänzendes Fischzug vor der großen Pleite werden würde. Wir wünschen nur, daß Herr Thyssen und seine Freunde auch einmal bei ihren Klammern, den Unternehmern, gründlich auskehren. Nutzen wir erst einmal den Achtstundentag richtig aus!

Sitzung des Zentralausschusses in der Süßwarenindustrie.

Am 9. Januar tagte in Magdeburg der „Zas“ zur Regelung der Lohnverhältnisse. Obgleich einleitend die in den vergangenen Wochen erklärlicherweise in den Betrieben mehrfach ausgebrochenen ersten Differenzen eine scharfe Auseinandersetzung brachten, zeigte sich auf beiden Seiten der aufrichtige Wille zur Verständigung. Gefordert war für den Spitzenlohn eine Zulage von 100%. Die Unternehmer erkannten wohl an, daß im Dezember die Feuerungsverhältnisse sich unheilvoller ausgewirkt haben, als von ihnen zur Zeit der Herforder Verhandlungen vorausgesehen sei, erklärten aber, unsere ganze Forderung unmöglich erfüllen zu können, weil für die Industrie die Kapitalbeschaffung immer schwieriger werde und deshalb jedenfalls weitere Betriebsbeschränkungen eintreten müßten. Auf der andern Seite haben unsere Vertreter angefaßt der Notlage der Arbeiterchaft und auch gerade aus dem Grunde, weil letztere zum Teil noch nicht einmal einen vollen Wochenlohn hat, ihre Forderungen mit aller Energie verteidigt. Die Verhandlungen fanden somit mehrmals auf dem toten Punkte und wurden erst am andern Morgen in der viersten Stunde beendet. Das Ergebnis war, daß vom 3. Januar an auf die Dauer von 3 Wochen der Grundlohn für die über 23 Jahre alten Facharbeiter um 65% erhöht wurde. Die Staffelung der Zulage nach unten soll im gleichen Verhältnis vorgenommen werden wie bei der letzten Vereinbarung. Um diese Abstufungen hatte sich noch einmal der Kampf entpunden, da es schon lange das Bestreben unserer Vertreter im „Zas“ ist, im Interesse der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eine bessere Staffelung durchzusetzen. Unsere Bemühungen waren jedoch wieder ohne Erfolg; es wurde nur beschlossen, bei der nächsten Sitzung die ganze Frage nochmals eingehend zu behandeln. Da auch trotz der neuen Bewilligungen in manchen Orten die Löhne noch weit von denen, die dort in andern Industrien gezahlt werden, entfernt sind, obgleich vielleicht gerade dort unsere Betriebe noch in günstiger Position stehen und deren Inhaber auch zu Sonderzulagen geneigt sind, wurde verlangt, daß seitens des Bundes solchen anständigen Herren nichts in den Weg gelegt werde. Die Arbeitgeberseite des „Zas“ lehnte es aber wiederum ab, unsern berechtigten Verlangen nachzukommen. Eine ganz unverständliche und auch von ihrer Seite aus betrachtet kurzfristige Handlungsweise. Besonders kapitalkräftigen und dabei eines sozialen Empfindens noch nicht ganz entbehrenden Unternehmern es verbieten zu wollen, der Not ihrer Arbeiter mehr zu steuern, als es vielleicht der Gesamtindustrie zur Zeit einer Krise möglich ist, muß immer wieder zur Empörung der Arbeiterchaft und zu Explosionen führen. Statt durch eine gewisse Freiheit auf diesem Gebiete den Grundgedanken einer zentralen Lohnregelung zu stärken und ihm Freunde zu werben, untergräbt man ihn und schafft ihm unter der Arbeiterchaft immer mehr Gegner. Eine solche Torheit machen andere Industrien und Gewerbebezirke schon lange nicht mehr mit, sondern sind mit der Zeit klug geworden, um zu erkennen, daß ein allgemeiner Tarif seinen Zweck am besten dann erfüllt, wenn er einfach durch eine untere, dem Existenzminimum entsprechende Grenze der Löhne für die einzelnen Arbeitergruppen die Schmutzkonkurrenz und andere unliebbare Erscheinungen beseitigt. Unsere süßen Herren haben trotz vierjähriger Tarifgemeinschaft hier noch wenig gelernt — sie werden aber früher oder später doch erkennen müssen, daß gerade durch ihr Verhalten der zentralen Lohnvereinbarung eines Tages die Grube gegraben wird.

Ein erneuter Antrag auf Vereinfachung der Lohnweise II wurde abermals abgelehnt, zuletzt jedoch beschlossen, die

freierung von der unsozialen und schädlichen Nacharbeit wird von den freien Gewerkschaften (einschließlich neuerdings auch den Christlichen) verraten und preisgegeben. Man will den Konsumvereinsbäckereien die behördliche Erlaubnis zur Wiedereinführung der dritten (Nacht-) Schicht gestatten. Ist das Nachtbrot erst irgendwo einmal durchgesetzt, droht auf der großen Linie wieder die Rückkehr zum Zwang der Nacharbeit. Durch den Verrat von Arbeiterführern — freie und christliche Vertreter sprachen sich am 25. November 1922 im Reichswirtschaftsministerium für die Nachlässigkeit der Konsumvereinsbäckereien aus! — steht ein Lebensinteresse unseres Berufsstandes auf dem Spiel. Kollegen, wacht auf!

Wer für den sozialen Rückschritt, für Wiedereinführung der Nacharbeit ist, der verleihe im Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Wer dagegen für wahrhaft sozialen Fortschritt und gegen die Rückkehr zur Nacharbeit ist, der trete ein in den Gewerksverein der Bäcker und Konditoren. Denn nur der Gewerksverein der Bäcker und Konditoren tritt mit ganzer Energie für die Aufrechterhaltung des Verbotes des Nachtbrotens ein. Kollegen, entscheidet selbst, es geht um Euer Gesicht! Wer den rücksichtslosen Kampf gegen die verwerfliche Nacharbeit unterstützen will, stärke umgehend unsere Abwehrfront und trete ein in den Gewerksverein deutscher Bäcker und Konditoren.

In den langen Jahren unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit konnten wir oftmals in die Verleumdungskloake unserer Gegner hineinschauen. Einer solchen unverkämpt frechen Lüge sind wir aber noch niemals begegnet, wie sie im Blättchen der Girsche jetzt veröffentlicht wird. Die Organisationsleitung der Girsche weiß, daß allein unser Zentralverband den Abwehrkampf gegen den Antrag der Genossenschaften führte. Obwohl Herr Sinderhaus als Vertreter der Girsche bei der Beratung im Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates (nicht Reichswirtschaftsministeriums) am 23. November 1922 (nicht am 2. November) zugegen war und die Ausführungen unserer Organisationsvertreter Diermeier und Heßschold kennt, die in scharfer Weise gegen den Antrag der Konsumgenossenschaften aufgetreten sind, erlaubt sich der Vorstand der Girsche die wissentliche Lüge zu Papier zu bringen: Freie und christliche Vertreter sprachen sich am 25. November 1922 im Reichswirtschaftsministerium für die Nachlässigkeit der Konsumvereinsbäckereien aus!

Wir müssen fragen: Warum kommen die Girsche zu einer solchen bodenlosen Lüge? Es kann nur die Antwort geben: Weil der Gewerksverein der Bäcker und Konditoren infolge seiner unternehmerfreundlichen Tarif- und Lohnpolitik jedes Vertrauen bei den Berufskollegen verloren hat. Dieser Verband trägt die chronische Schwindsucht in sich und hat seit Jahren keinerlei Fortschritte zu verzeichnen. In seiner letzten Jahresabrechnung wird über einen Mitgliederstand in 9 Bezirken von 850 und einem Gesamtvermögen von 58 351,68 M. berichtet. Diese Zwergorganisation braucht nun dringend notwendig Zulauf von Dummern, um sich in ihrer Schwindsucht noch eine kurze Zeit am Leben zu erhalten. Das Girsche-Dundersche Verbändchen liegt im Sterbeshilf, das wissen auch seine Drahtzieher. Diese Herrschaften greifen nun zum letzten Rettungsmittel, zur gewisslosen Verleumdung gegen den freien Zentralverband, in der Hoffnung, dem sterbenden Zwerg dadurch Lebenselixier einzuflöschen.

Auch diese letzte Anstrengung wird den ausstirbenden Gewerksverein nichts nützen, weil die deutschen Bäcker- und Konditorengehilfen recht gut wissen, daß der Zentralverband am besten und wirksamsten ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen vertritt. Die große Lüge wird der Zeitung der Girsche als Rainzeichen und Schandfleck für immer auf ihrer eisernen Stirn leuchten.

Zuckerbelieferung für die Süßwarenindustrie.

Nach dem Verteilungsmodus des für die Zuckerbewirtschaftung eingesetzten Weirates ist nunmehr der Schokoladen- und Süßwarenindustrie ein bestimmtes Quantum an Zucker überwiesen. Der für die Verarbeitung freigegebene Zucker ist teils aus ausländischer Melasse im Inlande hergestellt. Zum Ausgleich des im Preise höher stehenden ausländischen Fabrikats ist die Industrie mit einem Sonderzuschlag belastet, der sich einschließlich der Bezugsscheinegebühren auf 10 300 M für einen Doppelzentner beläuft.

Die Zuckerverteilung wurde dem Verband deutscher Schokoladenfabrikanten in Dresden für die Betriebe, die von der hohen Bohne an arbeiten für die Schokoladenindustrie und für die Zuckerverarbeitenden der Vereinigung Deutscher Zuckerver- und Schokoladenfabrikanten in Würzburg übertragen. Nach einer Mitteilung letzterer Vereinigung sollen alle Betriebe, die im Wirtschaftsjahr 1921/22 mindestens 48 Doppelzentner verarbeiteten, regelmäßige Kontingente erhalten. Die reinen Konditoren scheiden hier aus. Für diese ist die Verteilung der Innungsorganisation übertragen. Ebenfalls kommen die kleineren Betriebe der Malt- und Messerzieher hier noch in Frage. Für diese ist der Verband Deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender in Magdeburg zuständig.

Die Anmeldung für die erste Freigabe nebst Einzahlungen der Sonderzuschläge müssen bis 15. Januar 1923 erfolgt sein. Der Grundpreis des Zuckers beträgt 62 300 M einschließlich Sonderzuschlag ab Zuckerfabrik für 100 kg.

Durch diese außerordentlich hohen Preise für Zucker wird kaum eine Besserung des Beschäftigungsgrades in der Industrie eintreten. Der Konsum von Schokolade und Zuckerverarbeiteten der breiten erwerbstätigen Masse nicht mehr möglich, weil das Lohn Einkommen kaum mehr zum allernotwendigsten Lebensunterhalt ausreicht. Einer Belebung der Industrie müßte eine bedeutende Preislenkung vorausgehen. In dieser Hinsicht geben wir uns keiner Hoffnung hin, weil bekanntlich die Unternehmer sich nicht für den Abbau der Warenpreise, sondern mit aller Macht für den Lohnabbau einsetzen.

Spätestens am 20. Januar ist der 4. Wochenbeitrag für 1923 (21. bis 27. Januar) fällig.

Die neuen Postgebühren vom 15. Januar an.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Januar 1923 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: Für Postkarten im Ortsverkehr 10 M, im Fernverkehr 25 M. Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20 M, im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 M. Für Drucksachen bis 25 Gramm 10 M, über 25 bis 50 Gramm 20 M, über 50 bis 100 Gramm 30 M, über 100 bis 250 Gramm 50 M, über 250 bis 500 Gramm 70 M, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 90 M. Für Ansichtskarten 10 M.

Für Pakete (neu eingeführte Vorstufe) bis 3 kg...		Nachzone	Fernzone
über 3 bis 5 kg.....	300 M	400 M	600 M
" 5 " 6	350 "	450 "	650 "
" 6 " 7	400 "	500 "	700 "
" 7 " 8	450 "	550 "	750 "
" 8 " 9	500 "	600 "	800 "
" 9 " 10	550 "	650 "	850 "
Zeitungs Pakete bis 5 kg.....		150 "	300 "

Für Postanweisungen bis 1000 M 30 M, über 1000 bis 5000 M 40 M, über 5000 M bis 10 000 M 60 M, über 10 000 bis 20 000 M 100 M. (Reisbetrag ist von 20 000 M auf 50 000 M erhöht.) Für die Rohrpostkarte 80 M, für den Rohrpostbrief 100 M. Die Einschreibgebühr ist auf 40 M, die Vorzeigebühr für Nachnahme und Postaufträge auf 25 M festgesetzt. Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 80 M und außerdem für jedes Wort 40 M, für Dristelegramme: Grundgebühr 40 M und außerdem für jedes Wort 20 M. Die Auslandsgebühren betragen für Postkarten 90 M, für Briefe bis 20 Gramm 150 M, jede weiteren 20 Gramm (Reisgewicht 2 Kilogramm) 75 M, für Drucksachen für je 50 Gramm 30 M, für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 30 M (mindestens 150 M), für Warenproben für je 50 Gramm 30 M (mindestens 60 M), Einschreibgebühr 40 M.

Konditoren

Die Zuckerversorgung der Konditoreibetriebe

macht dem Gewerbe noch immer erhebliche Kopfschmerzen. Bekanntlich war es den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer durch ihr Eintreten für die Interessen der Betriebe gelungen, bei den entsprechenden Stellen und vor allem im Zuckerbeirat den Beschluß herbeizuführen, daß die Konditorei sowohl als auch die Bäckerei ihren Zucker durch die Reichsstellen direkt zugeteilt erhalten sollten. Damit war bereits viel erreicht; denn die Innungen beziehungsweise die Betriebe waren nun nicht mehr von dem sehr verschiedenartigen Wohlwollen der Kommunalverbände abhängig. Die Mengen, die der Bäckerei und Konditorei gemeinsam bei der ersten Verteilung zugewiesen wurden, waren aber nur gering, und wenn sie dann für den nächsten Monat auch wesentlich erhöht werden konnten, so wurden jetzt bei den Auseinandersetzungen zwischen Bäckerei und Konditorei beide Gewerbe wieder nicht einig. Ohne Zweifel — dem müssen wir beipflichten — ist den wirklich berechtigten Ansprüchen der Konditoren seitens der Bäcker hier nicht Rechnung getragen worden; sie sind bei den Auseinandersetzungen zu kurz gekommen und beklagen sich nun beim Reichsernährungsministerium über diesen Zustand. Wir halten also in diesem Falle ein Eingreifen des Ministeriums auf das Bäckergewerbe tatsächlich für geboten. Besser wäre es allerdings gewesen, die Konditoren hätten in diesem Falle es von vornherein abgesehen, den Versuch zu machen, mit der zugestandenen Menge auszukommen. Eine nachträgliche Änderung ist immer sehr schwierig!

Die Konditoren begründen ihren Anspruch wie folgt: Nach der neuesten Bestandaufnahme zählt die Konditorei 7000 Betriebe mit 6500 Gehilfen und 4500 Lehrlingen. Man geht jedem Betrieb zunächst 4 Anteile, dann weiter für jeden beschäftigten Gehilfen 2 Anteile und für jeden Lehrling noch einen Anteil an Zucker zu. Wegen dieser Verteilungsmöglichkeit an sich wird auch von unserer Seite grundsätzlich keine Einwendung zu erheben sein. Es ergeben sich dann für das Gesamtgewerbe auf diese Weise 45 500 Anteile. In der Eingabe an das Ministerium verlangte der Bund auf den Anteil pro Monat nunmehr eine Zuckermenge von 75 Pfund, und wer die Konditorei kennt, wird einen solchen Anspruch billigen müssen. Ob er zu erfüllen ist, ist eine andere Frage — soweit wir die jetzige Zuckerlage übersehen, ist er zu erfüllen. Auf jeden Fall muß die Auseinandersetzung mit dem Bäckergewerbe nach dieser Richtung hin getroffen werden.

Wir wünschen also sehr lebhaft, daß die Vertreter des Germanienverbandes in ihrer Forderung an die Zuckerverteilung in Zukunft nicht weitergehen, als es die gewerblichen Notwendigkeiten erheischen, weil sie sonst der Konditorei die Existenzmöglichkeit nur noch weiter beschränken helfen.

Den Führern des Deutschen Konditorenbundes muß es jedoch an dieser Stelle wieder mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie sich die Sympathien der breiten Massen der Bevölkerung nicht auf dieselbe Weise weiter verschaffen dürfen wie bisher. Soll der werktätige Teil der Bevölkerung vielleicht sich für die Konditoren einsetzen, wenn der Bundesvorstand in der erwähnten Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium seine Forderung auch damit begründet, die Zuckerbelieferung müsse besser werden, „wenn bei den kolossalen Lohnforderungen der Gehilfen die Betriebe anrecht erhalten bleiben sollen!“? Seien den tatsächlich gezahlten Löhnen waagt dies der Bundesvorstand zu schreiben? Das immerwährende Wohren an einer vollständigen Sonntagsruhe der Backstube versteht die Gesamtarbeiterschaft und jeder sozial und wirtschaftlich weiterbildende Mensch selbstverständlich auch nicht, so daß, wenn die süßen Herren Wert darauf legen, für ihre gewerblichen Forderungen überall Verständnis zu finden, sie zunächst selber sich bemühen, die Notwendigkeiten der Zeit zu verstehen!

Aus den Sektionen.

Augsburg. Bis in vergangenen Sommer hinein waren etwa 35 Gehilfen beschäftigt und zum größten Teil Mitglieder unseres Verbandes. Es war möglich, die Löhne entsprechend der Teuerung nicht nur mit denen der Bäcker gleichzustellen, sondern sie noch höher festzusetzen. Die ständig zunehmende Teuerung verursachte auch in den Konditoreien einen bedeutenden Rückgang des Umsatzes. Heute werden nur mehr 12 Gehilfen beschäftigt. Nur einige Kollegen sind noch Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation. Die Folge dieser Gleichgültigkeit blieb natürlich nicht aus. Die Selbständigen kümmerlen sich nicht mehr um die tariflichen Abmachungen. Sie bezahlen wieder nach Gutdünken und speisen die Gehilfen mit Trinkgeldern bis zu 1280 M in der Woche ab. Die Arbeitgeber sind natürlich hoch erfreut, daß sie so billige Gehilfen haben und wünschen sich keine Änderung dieses Zustandes. Ob aber auch die Gehilfen dabei ein menschenwürdiges Dasein führen können, das muß unbedingt bezweifelt werden. Solange sie vom Verbands absetzt stehen, müssen sie mit diesen Hungerlöhnen vorliebnehmen. Eine Besserung wird erst dann erfolgen, wenn sie dem Beispiel der übrigen Kollegen im Reiche nachzueifern und Mitglieder des Zentralverbandes werden.

Frankfurt a. M. Vom 30. Dezember bis 12. Januar für Konditorgehilfen über 25 Jahre 22 500 M, von 20 bis zu 25 Jahren 19 700 M, bis zu 20 Jahren 16 500 M.

Münster. Vom 1. Januar an 8100, 8700, 9150, 9750 M, für Verheiratete 10 % mehr.

Für den ober-schlesischen Industriebezirk wurden vom 15. Dezember an folgende Löhne vereinbart: Gehilfen über 25 Jahre 9216 M, von 22 bis 25 Jahren 8640 M, von 19 bis 22 Jahren 7200 M, unter 19 Jahren 6336 M.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Auf Grund der geltenden Löhne wurden vom 1. Februar an alle Beiträge unter 76 M ausgeschaltet. Die Zahlstellenkassierer haben mit der Januarabrechnung alle nicht mehr gültigen Beitragsmarken an die Hauptkasse einzulösen. Wo dennoch solche Beitragsmarken entgegen den statutarischen Bestimmungen an die Mitglieder verabfolgt werden, kommen diese beim Bezug der Unterstützung nicht in Anrechnung. Der Verbandsvorstand.

Quittung.

Vom 1. bis 12. Januar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Oktober: Delisch 3810 M.
Für November: Bad Reichenhall 6447,80 M., Delisch 5565, Schötmar 6588.

Für November und Dezember: Hagen 24 469,60 M., Gildesheim 8270, Pinneberg 12 080,20.

Für Dezember: Bernburg 8380 M., Coburg 1960, Schweinfurt 12 643,20, Würzen i. S. 49 461, Eberach 5264, Coblenz 19 421, Norden 20 371,40, Rosenheim 5311,60, Sorau i. d. N.-L. 3027, Guben 10 879,80, Galberstadt 10 438, Eisenach 15 712,40, Gera 35 081,80, Jöhoe 12 825,80, Straubing 7620, Limbach i. S. 7203, Münster 5660,40, Oberhausen 7793, Waldenburg 11 123,20, Mühlhausen i. Th. 6400, Zangermünde 100 370, Aichaffenburg 3288,40, Aichersleben 6240, Glogau i. Schl. 640, Altm 10 514, Amberg 7025, Apolda 5925,80, Gährrow 4295,20, Hamersleben 9422,40, Jmenau 16 324, Lörrach 51 600,20, Saalfeld 127 336,80, Zwickau 37 457,20, Sandshut 130 866,20, Würzburg 143 674,20, Brandenburg 24 092, Recklinghausen 12 376, Grabow i. M. 10 832,20, Striegau 2209, Begefac 13 732,20, Wippenhausen 6807, Dresden 1 185 280,40, Harburg 30 728,60, Rieta 26 442, Wernigerode 147 573,20, Cassel 188 411,20, Höchst a. Main 19 057,60, Jena 9801,60, Kolberg 4895, Regensburg 22 360, Rudolstadt 5565, Urm 24 788,80, Pößneck 56 324, Celle i. S. 63 993,60, Marktredwitz 3807, Degenhausen 14 658,40, Offenbach 38 860,60.

Für „Technik und Wirtschaftswesen“: Bernburg 30 M., Coburg 30, Delisch 15, Hagen i. W. 60, Schötmar 30, Schweinfurt 116,40, Würzen 126, Eberach 15, Norden 58,20, Rosenheim 14,25, Sorau 63, Eisenach 105, Gera 184,20, Jöhoe 90, Straubing 148,50, Gildesheim 90, Galberstadt 15, Oberhausen 180, Münster 23,50, Guben 81, Pinneberg 25, Mühlhausen 49,50, Zangermünde 25, Frankfurt a. M. 55,50, Aichaffenburg 160,06, Aichersleben 236, Glogau 12,50, Altm 30, Amberg 45, Apolda 25, Hamersleben 18, Jmenau i. Th. 54, Lörrach 71, Zwickau 103,50, Sandshut 81, Würzburg 291, Brandenburg 10, Wippenhausen 18, Grabow 38,80, Recklinghausen 200, Begefac 40,50, Dresden 218,25, Harburg 94,50, Rieta 45, Wernigerode a. S. 140,65, Höchst a. M. 153, Jena i. Th. 150, Regensburg 30, Rudolstadt 60, Urm 80, Kolberg 187, Pößneck 235, Celle i. S. 48,50, Offenbach a. M. 40,50, Marktredwitz 77,60, Duisburg 640.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Lörrach 26 M., Wippenhausen 6, Dresden 120.

Für Jahrbücher: Schötmar 144, Eisenach 11, Münster 8, Pinneberg 8, Amberg 40, Recklinghausen 8, Begefac 8, Rudolstadt 82, Duisburg 80.

Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Augsburg. Vom 1. Januar an 12800, 11 600, 10 600 M. Ausgelernte 7 000 M. Vom 7. Januar an 15 800, 14 100, 13 100, 10 000 M.

Hamburg. Vom 15. Januar an 14 800, 14 700, 11 000 M.

Berlin. (Schiedspruch.) Vom 15. Januar an in den Kleinbetrieben 22 430, 22 180, 21 930 M., in den Großbetrieben 22 642, 22 392, 22 142 M. Auf die Ablehnung durch die Arbeitgeber wurde der Schiedspruch durch den Vermittlungskommissar bestätigt.

Bielefeld. Vom 1. Januar an in den Junmungsbetrieben 13 000, 13 650, 14 950, 16 450, 18 000 M., im Konsumverein vom 29. Dezember an 20 000 bis 20 100 M., Arbeiterinnen 18 000 M., für Arbeiterinnen unter 20 Jahren 5 beziehungsweise 10 % weniger. Das Gehalt des Backmeisters beträgt 99 670 M. pro Monat.

Bremen. Für die Zeit vom 30. Dezember bis 12. Januar in den Junmungsbetrieben 14 500, 19 200, 19 776 M., in den Großbetrieben 19 200, 19 776, 20 352 M., Backmeister 24 960 M.

Frankfurt a. M. Im Gesamtgewerbe von Frankfurt a. M. sowie in den Konsumvereinen Höchst, Mühlheim und Ganaa vom 1. Januar an 30 500, 30 250, 30 000, 26 950 M.

Erlangen. Vom 1. Januar an 9380, 13 150, 14 600 M.

Hamburg. Durch den Schlichtungsausschuss wurde für die Zeit vom 6. bis 26. Januar auf den bisherigen Spitzenlohn von 19 000 M. eine Zulage von 3500 M. zugesprochen. Die Bäcker und die in Bäckereien beschäftigten Transportarbeiter lehnten den Schiedspruch ab, weil er die am 13. beziehungsweise 15. Januar eintretende enorme Brotpreis-erhöhung und die weitere sprunghafte Verteuerung der Lebenshaltung nicht genügend berücksichtigte. Darauf wurden durch den Demobilisierungskommissar, nachdem sich die Parteien für die Annahme des Schiedspruches erklären mußten, folgende Löhne festgesetzt: Vom 13. bis 18. Januar 23 000 M., vom 20. bis 26. Januar 23 500 M., vom 27. Januar bis 2. Februar 24 000 M.

Hof. Vom 1. Januar an 10 000, 16 000, 16 000 M.

Hidelberg. Vom 15. bis 31. Januar 26 000, 25 000, 22 000 M.

Kiel. Vom 31. Dezember an in den Junmungsbetrieben 15 358, 17 888, 19 837, 21 104 M., für Ofengefellen 468 M. mehr; in den Großbetrieben für Bäcker und Konditoren 21 590 M., für Schichtführer 468 M. und für Teigmacher und erste Ofengefellen 234 M. mehr.

Leipzig. Vom 13. Januar an in den Junmungsbetrieben 22 000, 23 500, 23 000 M., in den Großbetrieben 24 500 M.

Mannheim. Vom 15. bis 31. Januar in den Junmungsbetrieben 26 000, 25 000, 23 000 M., in den Großbetrieben 26 000 und 26 682 M.

Mecklenburg-Schwerin. (Vereinbarung vor dem Demobilisierungskommissar.) Vom 15. bis 23. Januar 17 100, 16 800, 16 500 M.

München-Stadt. (Schiedspruch.) Vom 15. Januar an 21 500, 19 800, 18 450, 14 000 M., bei der Firma Seidl 21 831, 20 151 M., im Konsumverein 21 778 M.

München-Land. (Schiedspruch.) Vom 2. Januar an 12 700, 11 800, 10 000, 9000 M.

Nürnberg a. d. Pegnitz. Vom 1. Januar an 20 000 und 20 600 M.

Rheinland-Westfalen. (Schiedspruch.) Für die Zeit vom 16. bis 31. Januar in den Brotfabriken und Konsumvereinen 18 800, 22 000, 25 000 M., für Dienarbeiter und Teigmacher 1 % und für Schichtführer 2 % mehr; in den Junmungs- und Kleinbetrieben 18 800, 21 750, 22 800, 25 000 M., in leitender Stellung 2 % mehr.

Speier. Vom 1. Januar an 12 050, 11 850, 11 450 M.

Wiesbaden-Stadt und Land und Viehtrieb. (Schiedspruch.) Vom 1. Januar an 14 200, 17 000, 13 700, 20 200 M.

Zweibrücken. Vom 1. Januar an 12 900, 11 900, 10 400 M.

Aus der Kunsthonigindustrie.

Allgemeinverbindlich erklärt wurden die Lohnvereinbarungen vom 15. November 1922 zum Reichstarifvertrag vom 18. Oktober 1920.

Korrespondenzen.

Zangerwände. Heber die Hungerlöhne in der heutigen Sonntags- und Schokoladenfabrik, die in einem Artikel des „Kunstbrot“ geschildert wurden, hatte sich anlässlich einer Besprechung zwischen Vertretern unserer Verbände und Vertretern der Firma Dr. Meyer & Co. Herr Direktor Dr. Heinrich sehr gekühlt gefühlt. Die Arbeiterklasse hatte auf Grund der bisher, und namentlich in den letzten Monaten, geschilderten Hungerlöhne in den beiden Fabriken durch ihre Vertreter das Ersuchen um Gewährung einer Wirtschaftlichkeitsprämie an die Firma gerichtet. Von der Firma wurde eine Antwort bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erwartet. Anstatt dessen hatte die Firma den Herrn Direktor Dr. Meyer am 15. angefragt, der auch mit dem Parteisekretär des Genossenschaftsbundes sprach. Die Angelegenheit wurde untersucht und die Firma empfahl, jedoch als möglich eine Verhandlung, an der die Arbeiter und Vertreter der zuständigen Gewerkschaft teilnehmen sollten, stattfinden zu lassen, um etwaige Unklarheiten zu beseitigen. Die Verhandlung fand am 6. Januar statt. In einer Vorbesprechung mit dem Organisationsleiter stellte sich Herr Dr. Meyer auf den Standpunkt, daß es unmöglich sei, über den Nachweis des Tarifes hinaus irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Unter anderem erklärte er, daß nach seiner Ansicht die Arbeiterinnen mehr verdienen müßten als die Unberbeiteten, da diese ihren Verdienst in Geld und andern nützlichen Dingen ausgeben. Er ist aber jederzeit bereit, jedem, der sich in Art befindet und zu ihm selber kommt, zu helfen. Unter anderem erklärte er auch, daß er die wirtschaftliche Lage in Zangerwände heute und hier nicht ganz zufrieden. In der Besprechung am Nachmittag wurde von der Vorbesprechung berichtet, indem Herr Dr. Meyer auf den längeren Verhandlung über die Unmöglichkeit der beiden Betriebe hielt. Das Resultat war, daß es eben nichts gab. Auf der anderen Seite muß man sich wünschen, daß die Firma solche hohen Summen für die kleine Produktion zu zahlen würde, wie andere. Für die Arbeiterklasse ist allerdings nichts übrig.

Aus Hüttenmetallwerken.

Geschäftsrechnungen in der Zink- und Zinnindustrie. Die Schokoladenfabrik Gebr. Steilwert & Co., Köln a. M., hat die vergangene Geschäftsjahr

am 30. Juni 1922 mit einem Reingewinn nach Abschreibungen von 12 047 423,70 M. von 10 516 972,52 M. ab. Der Gewinn wurde wie folgt verteilt: 5 % gesetzliche Rücklage 505 531,50 M., 6 % Dividende auf Vorzugsaktien 420 000 M., 40 % Dividende auf Stammaktien 7,6 Millionen Mark, jährungsgemäße Zantieme 888 648,65 M., Gewinnbeteiligung 1 102 802,37 M.

Mit einem Reingewinn von 9 703 069 M. schloß der Geschäftsjahr der „Frankonia“ A.-G., Würzburg, ab. Nach erfolgten Abschreibungen in der Höhe von 362 677 M., den Abzug der Imposten mit 6 905 020 M., verblieb ein Reingewinn von 1 436 213 M. An die Aktionäre wurde eine Dividende von 10 % verteilt.

Die Firma Paul Robt. Schumann A.-G., Hamburg-Altona-Ottensen, weist in ihrem ersten Geschäftsbericht einen Reingewinn von 4 795 157 M. auf. Davon wurden für Extrazuwendungen an Angestellte und Arbeiter 1 Million Mark verwendet und den Aktionären 25 % Dividende oder eine Gesamtsumme von 2 4 Millionen Mark überwiesen.

Die Bilanz der „Alpurja“ A.-G., Bielefeld, berichtet über einen Reingewinn von 3 627 656 M. An die Aktionäre wurde eine Dividende von 20 % verteilt.

Die Konjervenfabrik Joh. Braun A.-G., Pfladerheim, mit einer großen Kakemeladenabteilung, berichtet über das 16. Geschäftsjahr von 4 794 238 M. Reingewinn. An die Aktionäre wurde eine Dividende von 24 % verteilt.

Dem Bericht von Kaiser-Otto A.-G., Vereinigte deutsche Nahrungsmittelfabriken, Heilbronn, entnehmen wir: Das abgelaufene Geschäftsjahr hat nach dem am 15. August 1921 erfolgten Ausbruch der Zwangsverwaltung von Getreide und Mehl für unsere Teigwarenfabriken in Heilbronn und Friedriehsried einen erheblichen Aufschwung gebracht. Die mit uns in Interessengemeinschaft arbeitende Landshuter Reis- und Nahrungsmittelfabrik A.-G., Landshut in Bayern, hat günstig gearbeitet und befindet sich weiterhin in bestem Aufschwung. Unsere Beteiligung an dieser Gesellschaft hat im laufenden Geschäftsjahre durch Ausübung unseres laufenden Bezugsrechtes eine Erhöhung erfahren. Das Geschäftsjahr schloß mit einem Reingewinn von 2 151 711 M. ab. An die Aktionäre wurde eine Dividende von 15 % ausgeschüttet.

Internationales.

Vorstoß der tschechoslowakischen Reaktion gegen das Verbot der Nachtarbeit.

In dem Kampfe gegen die Errungenschaften der Arbeiterschaft ist dem reaktionären Unternehmertum mit seinem Anhang kein Mittel zu schlecht. Diese Tatsache findet bei dem Kampfe der Bäckereiarbeiter aufs neue ihre Bestätigung.

Es war vorauszusehen, daß der Vorstoß gegen die Tagesarbeit in Deutschland auf die Unternehmer der andern Länder eine Einwirkung haben mußte. Umsonst haben sich die Unternehmer ihre internationale Vereinigung nicht geschaffen.

So ging vor einigen Tagen durch die bürgerliche Presse die Mitteilung, daß dem Ernährungsministerium in Prag von den Erzeugern von Gebäck der Vorschlag gemacht worden sei, daß die Abgabe von Brot und Weißgebäck zu einem noch niedrigeren Preis erfolgen könne, wenn die Nachtarbeit in den Bäckereien wieder zugelassen werde. Für vorerst sollte der Beginn um 2 Uhr zu gelassen werden; bemerkt war jedoch, daß ein noch zeitigerer Beginn selbstverständlich noch günstigere Einwirkungen auf die Preisbildung auszulösen imstande sei.

Die hier gewählte Methode zur Beseitigung der Tagesarbeit zeigt den Bäckereiarbeitern aller Länder, wie recht Kollage Diermeier hatte, als er in seinem Referate in Köln erklärte, daß zu den Hauptaufgaben der Bäckereiarbeiter bei dem gegenwärtigen Kampfe die Aufklärung der organisierten Arbeiterschaft und die der Konsumenten gehöre.

Die Großunternehmer operierten mit der Verbilligung des Brotes. Man muß sich in die Lage, in der sich besonders die arbeitenden Schichten momentan befinden, hineinversetzen, um die ganze Tragweite des Anschlages ermessen zu können. Das Unternehmertum steht gegenwärtig mit der Arbeiterschaft wegen des Abbaues der Löhne im Kampf. In den meisten Fällen mußte die Arbeiterschaft bereits den Lohnabbau in Kauf nehmen. Die Löhne wurden dabei in einem dem erfolgten Preisabbau in keiner Weise entsprechenden Verhältnis reduziert. In diese gespannte Atmosphäre schleuderten die Großunternehmer der Brotindustrie die Mitteilung, daß das Brot noch mehr verbilligt werden könne, wenn die Nachtarbeit zur Einführung gelänge. Die Gesamtheit der lohnwerbenden Schichten sollte damit ebenfalls gegen die Bäckereiarbeiter ausgespielt werden.

Für die Bäckereiarbeiter war die Kampflage nicht so einfach. Die gesamte bürgerliche Presse pries das Vorgehen der Unternehmer als ein hochherziges. Die nackten Egoisten wurden sogar als Wohltäter genannt. Die Kleinmeister zeigten sich gleichfalls entzückt von der wunderbaren Botschaft. Geleitet hätte noch, daß sich die Zentralen der Gewerkschaften, wie in Deutschland, dazu hätten verleiten lassen, das Vorgehen der Unternehmer als im Sinne der Volkswirtschaft gelegen anzuerkennen. Der Kampf wäre in diesem Falle ohne jeden Zweifel zum Nachteil der Bäckereiarbeiter entschieden gewesen — die fleischwürgende Nachtarbeit hätte wieder ihren Einzug gehalten.

Die Gefahr selbst ist allerdings noch nicht gebannt. Wenn für vorerst der Anschlag vereitelt werden konnte, so haben das die tschechischen Genossen der Aufmerksamkeit, mit der sie die Schachzüge der Gegner verfolgten, zuzuschreiben. Durch machtvolle Demonstrationen hatte die übrige Arbeiterschaft Aufklärung über die Bedeutung des Kampfes der Bäckereiarbeiter erhalten. Nichts wurde vernachlässigt, um auch in der Presse für die erforderliche Aufklärung zu sorgen. Die Arbeit hat sich gelohnt. Als Beweis mag die einmütige Unterstützung der Bäckereiarbeiter durch alle In-

stanzen der organisierten Arbeiterschaft gelten.

Das Vorgehen der Großunternehmer in der Tschechoslowakei dürfte für die übrige Bäckereiarbeiterschaft sehr lehrreich sein. Es zeigt ihnen, daß es der größten Aufmerksamkeit bedarf, um die sich mehrenden Angriffe der Unternehmer auf die Tagesarbeit abweisen zu können.

Literarisches.

Die Kunst im Arbeiterheim. Der von den vier großen Verbänden der graphischen Industrie ins Leben gerufene „Kunstverlag das Bild“ (Geschäftsstelle: Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstraße 19) teilt mit, daß der Preis der bisher erschienenen originalgroßen Bilder „Das Balkonzimmer“ von Menzel (46 x 66), „Der Kohlenkarrer“ (56 x 62) und „Ideale Landschaft“ (56 x 65) von Richter Schulz vom 15. November 1922 pro Blatt 200 M. beträgt. Da dieser für die prächtigen Blätter außerst erschwerter Preis (im privaten Kunsthandel kostet so ein Blatt den fünf- bis zehnfachen Preis) zu Weihnachten wahrscheinlich eine weitere Erhöhung erfahren wird, ist es für jeden Kollegen angezeigt, etwaige Ankäufe baldigst vorzunehmen. Die in Vorbereitung befindlichen Neuerscheinungen konnten leider zu Weihnachten nicht fertiggestellt werden. Die genannten Blätter sind bereits ausverkauft. Ein großer Teil der Bildungsinstitutionen, Verlagsanstalten und Buchhandlungen der deutschen Gewerkschaften haben sich der Genossenschaft angeschlossen respektive ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftskartelle, Ortsausschüsse, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder an die Kollegen interessieren, wollen sich an die obengenannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die jede weitere Auskunft gern erteilt.

Lebensmittelarbeiterverband Belgiens. Jahresbericht für 1921. Selbstverlag.

Die Tscheka, russische Hilfe für an das Weltgewissen, herausgegeben von Paul Kampffmeyer. Berlin 1922. J. F. W. Dieck Nachf. und Buchhandlung Vorwärts. Preis 35 M.

Ulfge Geschichten von der Eisenbahn. Von Theodor Thomas. Illustriert von Rudi Heinisch. Verlag Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Frankfurt a. M.

Veranstaltungs-Anzeiger

Samstag, 21. Januar:
Kellnerkirchen. Vorm. 10 Uhr bei Jürgen, Alter Markt.
Berthold i. B. Vorm. 10 Uhr bei Wilhelm Günter, Brüderstraße.
Ingersdorf. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Giebstraße 6.
Döberstein i. H. Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zum Fürsten Bismarck“, Ecke Bauwerkstraße.
Cönnabrück. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, 23. Januar:
Hof i. B. (Konditoren.) 8 Uhr im Rest. „Zum Fürsten“, Bismarckstraße.
Leipzig. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Kaiserhof“, Hofstr. 17.
Leipzig. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Frankfurter Hof“, Augustinerstraße.
Gomberg i. Th. 8 Uhr im Volkshaus.

Mittwoch, 24. Januar:
Worms. (Konditoren.) 7 Uhr im Restaurant „Vede Summe“, Rheingasse.
Sonnand. (Konditoren.) 8 Uhr im Stadthausrestaurant, Deutschr. 25.
Hamburg-Altona. (Konditoren.) 7 Uhr bei Müller, Köhlstr. 27.
Hannover. (Konditoren.) 8 Uhr im Hotel „Zur Post“, Rosenstraße.
Leipzig. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Reiger Straße 22.
Ludwigshafen a. Rh. 7 Uhr, „Zur Stadt Degerheim“, Gerdstr. 12.

Donnerstag, 25. Januar:
Dresden. (Konditoren.) 8 Uhr im „Oberbräu“, Johngasse 3, 1. St.
Oberfeld-Warmen. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Schöpfung“, Hauptstr. a. M.
Leipzig. (Konditoren.) 8 Uhr, Rest. „Fiala“, Holzgraben 2.
Gera. (Konditoren.) 8 Uhr im Café „Memento“, Köstr. 55.
Witten i. B. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Graf Seppelt“, Streitzgasse 84.
Wiesbaden. (Konditoren.) 8 1/2 Uhr im Rest. „Adler“, Königstraße.
Hilfingen-Wilhelmsbad. 8 Uhr im „Severdt'schen Hof“, Kärntner-Grasstraße.

Freitag, 26. Januar:
Blauen i. B. (Fabrikbranche.) 8 Uhr im Restaurant „Wettk.“, Hof i. B. Im „Bürgerbräu“, Ecke König- und Hohenbergstraße.

Sonntag, 27. Januar:
Worms. 8 1/2 Uhr bei Holtmann, Böwenstr. 1.
Worms. 8 Uhr bei Döpp, Köhlstr. 27.
Worms. 8 Uhr im Restaurant „Zum grünen Baum“.
Spremsberg. 7 Uhr bei Stangler, Dresdner Straße.
Worms i. B. Im Gewerkschaftshaus, Lange Straße.

Samstag, 28. Januar:
Langen. Vorm. 8 1/2 Uhr im „Schwarzen Hof“, Theaterstraße.
Hilfingen-Wilhelmsbad. Im Restaurant „Zum Weller“, Lange Straße.
Hilfingen-Wilhelmsbad. 10 Uhr im Hotel „Reichspost“, Marktstraße.
Gomberg. 3 Uhr im Café Wöglert.
Worms. Vorm. 10 Uhr, „Zur guten Quelle“, Königstraße.

Anzeigen

Warnung.
Gegen alle Personen, die über unsere Person unwahre Gerüchte verbreiten, wird gütlich eingeschritten.
Wandsbek, den 9. Januar.
Else Statz.
Wilhelmine Staack.

Gelesene Zeitungen werden an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weitergegeben

Fachlehrbücher 1. Ranges
mit vielen Abbildungen.
Großes Konditorbuch (Lehrbuch) 280. Der Konditor 2000. Die Bäcker 1270. Konditorrezepte 1410. Tortenrezepte 7200. Garnierlehre 2080. Pastryrezepte- und Konditorrezepte 2180. Preisgünstige Tafelbuch 19 000. Kuchen u. Torten 1440. Der Bäckereibüchler 300. Gebäckrezepte 2100. Pufferwaren, Schokolade u. Gebäck 1900. Süßwarenrezepte 2100. 25 Desserts 2400. Schriftensatz 2200. Süße Speisen u. bis 2800. Süßwarenrezepte 2100. Trüffel u. Konfitüren 1800. Bonbons u. Pasteten 2100. Döb- und Pfefferkuchen 900. Nur gegen Nachnahme.
L. Schwarz & Comp., Berlin V. I. B., Koenigsstr. 24.